

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Bisexuellen Netzwerks e.V. zur Landtagswahl 2019 in Thüringen

Frage 1)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, in der Menschen jeden Geschlechtes und sexueller Identität sicher, frei und selbstbestimmt leben können. Dazu gehört auch, dass bisexuelle Menschen im öffentlichen Raum präsenter werden. Das ist in Deutschland noch nicht so häufig der Fall, aber ein Coming-Out ist eben immer auch eine persönliche Entscheidung.

Und so gibt es tatsächlich wenige bisexuelle Prominente, die als Vorreiter*innen diese Öffnung erleichtern würden. Ähnlich sieht es auch in den Schulen und Universitäten und generell im öffentlichen Leben aus. Um das eigene Leben selbstbestimmt und selbstbewusst zu leben, braucht es Unterstützung auch aus der Politik. Wir wollen in Thüringen eine offene Gesellschaft, in der Menschen sich frei entfalten können, unabhängig von der Herkunft, der sozialen Stellung, der Religion, dem Aussehen oder der sexuellen Identität. Damit auch Erwachsene ihre sexuelle Orientierung offen und ohne Angst leben können, muss Vielfalt in der Arbeitswelt unter Einschluss unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen stärker gefördert werden. Das bezieht sich auch auf das Bildungswesen, wo Lehrer*innen und Pädagog*innen für Kinder und Jugendliche eine besondere Bedeutung haben. Daher muss sowohl die Bundesregierung als auch die nächste Thüringer Landesregierungen dafür Sorge tragen, dass die Schulen, Universitäten und auch ihre Verwaltungen bei der Umsetzung von Diversity-Strategien ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

Frage 2)

Um in ihrem Coming-out-Prozess unterstützt zu werden, brauchen Menschen, aber vor allem Jugendliche, kompetente und auf ihre Situation spezialisierte Beratungsangebote. Diese müssen sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum zur Verfügung stehen. Die Erreichbarkeit muss gewährleistet sein, sowohl räumlich als auch anderweitig barrierefrei.

Deshalb wollen wir in Thüringen einen Ausbau der Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle (LADS), also eine umfangreichere Stellenausstattung für mehr Aufgaben. So soll die niedrigschwellige Erreichbarkeit der Antidiskriminierungsstelle verbessert werden und sie soll so ausgestattet werden, dass sie auch Aufgaben als Prüf- und Beschwerdestelle und als Koordi-

nierungsstelle für Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen kann. Dieses Geld muss im Haushalten der kommenden Jahre im ausreichenden Maß zur Verfügung stehen.

Frage 3)

Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen beginnt sehr früh. Geschlechtergerechtes Lernen in Kindergärten und Schulen muss selbstverständlich werden. Schulische Lernmaterialien wollen wir auf sexistische Klischees überprüfen und überarbeiten. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Lehrmaterialien Vielfalt widerspiegeln und auch Frauen, bi-, inter- und trans-Personen dargestellt werden sowie weibliche Personen zu einem relevanten Teil repräsentiert sind. Die Lehrpläne müssen an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Schulische Aufklärungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gilt es flächendeckend zu etablieren. Zudem setzen wir auf eine geschlechtersensible Pädagogik und qualifizierte Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Arbeit von Schulaufklärungsprojekten. Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine überdurchschnittliche Suizidrate. Dabei ist Hilfe oft nicht weit. Zudem setzen wir uns für die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitärbereiche ein.

Frage 4)

Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll stärker in der Schule thematisiert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb die Arbeit von Schulaufklärungsprojekten. Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine überdurchschnittliche Suizidrate. Wir wollen auch deshalb die queere Jugend- und Schulsozialarbeit stärken sowie die Krisenprävention ausbauen. Damit setzen wir uns dafür ein, dass vielfältige sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten gleichwertig wahrgenommen und selbstbewusst gelebt werden können. Den Argumenten der „Besorgten Eltern“, der „Demo für alle“ und anderer sogenannter „Protest“-Bewegungen treten wir engagiert und mit der gebotenen Fachlichkeit entgegen.

Frage 5)

Initiativen und Aktionen zur besseren Sichtbarkeit von Bisexualität können mit Unterstützung der LSBTIQ*-Koordinierungsstelle und des Thüringer Landesprogrammes für Akzeptanz und Vielfalt ganz sicher verwirklicht und kreativ umgesetzt werden. Gern unterstützen wir entsprechende Initiativen. Fragen nach entsprechenden Befragungen sind ja in der Verantwortung der jeweiligen Häuser, hier können die Abgeordneten unserer Partei in den Parlamenten entsprechende Aktionen anregen.

Frage 6)

Zum gegebenen Anlass wäre eine Rede oder ein Antrag anzuregen – die parlamentarischen Vertreter*innen unserer Partei sind jedoch als Vertreter*innen des Volkes weder an Aufträge noch an Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Letztendlich setzen wir aber die Sensibilität zum Thema bei den aus unseren Reihen kommenden parlamentarischen Vertreter*innen voraus. Gehen Sie also gern zu gegebener Zeit auf die Vertreter*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Parlament zu.

Frage 7)

Die Freiheit der Forschung ist grundrechtlich geschützt. Einfluss auf Forschungsinhalte muss daher von den Forschenden gesetzt werden. Wir sind daher darauf angewiesen, dass in der akademischen Struktur eine größere Diversität Einzug hält. Um den Ansprüchen einer gerechten und demokratischen Gesellschaft zu entsprechen, muss in den Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen gesellschaftliche Vielfalt anerkannt und Beteiligung sowie Selbstbestimmung ermöglicht werden.

Chancengleichheit und Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit gegeben sein, dabei können Mentoringprogramme helfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Steigerung des Frauen-, Inter- und Transanteils in Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor*innenstellen, insbesondere in MINT-Fächern, ein. Unser Ziel ist eine vielfältige, diskriminierungsfreie und couragierte Wissenschaft auf der Grundlage rechtsstaatlicher Werte und in kollegialer, respektvoller wie auch kritischer Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden.

Forschungsfreiheit gilt nicht nur für Professor*innen. Wir wollen den Umbau vom Lehrstuhlprinzip zu Departmentstrukturen fördern. Die an Personen gebundenen Strukturen (Lehrstühle) sollten zugunsten demokratischer und selbstverwalteter Institute abgebaut werden, in denen kollegial Entscheidungen über Personal, Mittel oder Forschungsschwerpunkte getroffen werden. Dies trägt zur Demokratisierung, Qualitätssicherung, Ent-Hierarchisierung und zu einer besseren Betreuung von Studierenden bei.

Frage 8)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten antidemokratischen, menschenrechtsfeindlichen Äußerungen immer engagiert gegenüber. Wir setzen uns für eine starke Zivilgesellschaft, für Gleichberechtigung, Minderheitenschutz und Demokratie ein. Mit Mut und Entschlossenheit müssen auch Politiker*innen Grenzen aufgezeigt und muss darauf geachtet werden, dass mögliche juristische Konsequenzen auch Anwendung finden.

Frage 9)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen nicht nur in Thüringen für eine offene Gesellschaft, in der Menschen sich frei entfalten können, unabhängig von der Herkunft, der sozialen Stellung, der

Religion, dem Aussehen oder der sexuellen Identität. Wir zeigen klare Kante gegen menschenfeindliche Propaganda und Gewalt – jede Form von Gewalt muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Die wichtigste Säule aber ist eine starke demokratische Zivilgesellschaft.

Aber auch die Polizei muss als starke demokratische staatliche Institutionen unterstützt und besser und intensiver geschult werden zum Schutz aller Grund- und Menschenrechte.

Frage 10)

Wir meinen: Gesunde Menschen sollen nicht pauschal aufgrund ihrer sexuellen Neigung vom Blutspenden ausgeschlossen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich weiter dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die Richtlinien der Blutspenderegulungen entsprechend angepasst werden.

Frage 11)

Unser Ziel ist, auch gesetzlich endlich die Grundrechte aller Menschen unabhängig von deren geschlechtlicher Identität in vollem Umfang zu verankern, anstatt Menschen in vorgegebene Raster zu pressen und ihnen das Leben zu erschweren. Menschenrechte müssen handlungsleitend für Politik sein. Die universellen Menschenrechte bilden das Fundament für unser Zusammenleben und die Achtung der Menschenrechte sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die elementare Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und nachhaltige Entwicklung.

Frage 12)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung, dass intergeschlechtliche Kinder keinen schädlichen medizinischen Behandlungen mehr unterzogen werden, wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart.

Außerdem müssen Eltern bei der Geburt eines intersexuellen Kindes die Möglichkeit zur umfassenden Aufklärung über die biologische Besonderheit ihres Kindes sowie leichten Zugang zu einer unabhängigen psychosozialen Beratung und Selbsthilfestellen erhalten.

Frage 13)

Ja. Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Antrag verabschiedet, wonach die sexuelle Identität grundgesetzlich vor Diskriminierung geschützt werden soll. Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG) soll dementsprechend erweitert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in Art. 3 GG auch die sexuelle Identität aufnehmen und vor Diskriminierung schützen. In Abs. 3 heißt es dort: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Frage 14)

Thüringen hat ein Problem mit Rechtsextremismus. Das „Kerntrio“ des NSU, das für den Mord an zehn Menschen, für drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle verantwortlich ist, kommt aus Thüringen. Immer wieder finden in Thüringen Rechtsrockkonzerte und Demonstrationen statt. Und immer wieder werden Menschen Opfer von extrem rechten Angriffen. Deswegen müssen wir Rechtsextremismus erkennen, benennen und bekämpfen. Denn extreme Rechte und ihr Gedankengut sind eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden.

Das Versammlungsrecht ist ein hohes Recht. Deswegen ist ein Verbot von extrem rechten Versammlungen nicht so einfach. Aber extrem rechte Konzerte, die als politische Versammlungen angemeldet werden, dürfen keinen Schutz des Versammlungsrechts genießen. Deswegen hat unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag ein Gutachten in Auftrag gegeben, Fachgespräche organisiert und parlamentarische Kleine Anfragen eingereicht, um ein Problembewusstsein im Innenministerium für die Rechtsrockkonzerte zu schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich zudem für eine bessere Unterstützung und Beratung der Kommunen eingesetzt, woraufhin eine Task Force beim Innenministerium eingerichtet wurde. Mit Sicherheit können wir sagen, dass die Anstrengungen von Partei und Fraktion zu einem angemesseneren Umgang mit solchen extrem rechten Veranstaltungen geführt haben.

Die Zivilgesellschaft ist das wichtigste Element im Kampf gegen Rechtsextremismus; die Zivilgesellschaft vor Ort ist wichtig, um gegen Hass und Hetze ein Zeichen zu setzen. Deswegen liegt die Unterstützung der Zivilgesellschaft auch in unserer politischen Verantwortung. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich durch die Aufstockung und die Neuausrichtung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft besser angepasst. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich weiter dafür einsetzen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen.

Die extrem rechte Szene ist dynamisch und tritt in verschiedenen Ausprägungen in Erscheinung. Deswegen ist die finanzielle Stärkung von Forschungs- und Beratungsstrukturen in Thüringen von Bedeutung, damit Erkenntnisse über die extreme Rechte gewonnen werden und zivilgesellschaftliche Akteure und kommunale Verantwortliche Beratungsangebote nutzen können. Prävention durch Aufklärung bleibt eine der wichtigsten Maßnahmen gegen rechte Ideologien.

Wir beobachten zur Zeit, dass die extrem rechte Szene sich immer sichtbarer im Kampfsportbereich engagiert. Deswegen braucht es Sensibilisierungsangebote für Sport- und Kampfsportvereine sowie für Veranstaltungsorganisator*innen. Kampfsportveranstaltungen dürfen keine Orte werden, wo Sportler*innen zu szenetypischer Musik einlaufen und rechtsextreme Symbole als Tattoos oder auf Kleidung gezeigt werden können.

Staatliche Sicherheitsbehörden sind gegen extreme Rechte nicht immun. Das haben die Enthüllungen in den letzten Monaten über rechte Netzwerke in den Streitkräften und in der Polizei gezeigt. Eine wissenschaftliche Grundlage über extreme Rechte und rassistische Einstellungen in den Sicherheitsbehörden gibt es nicht. Eine belastbare Datengrundlage ist daher durch eine unabhängige Forschungsstelle zu schaffen.

Der gesellschaftliche Frieden und unsere Demokratie sind hohe Güter, die es zu verteidigen gilt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben eine klare Haltung gegen gesellschaftliche Spaltung.

Frage 15)

Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist eine Institution der Vereinten Nationen. In seinem Auftrag tragen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit den aktuellen Stand der Klimaforschung zusammen und bewerten anhand anerkannter Veröffentlichungen den jeweils neuesten Kenntnisstand zum Klimawandel. Der IPCC bietet Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen der Politik, ohne jedoch konkrete Lösungswege vorzuschlagen oder politische Handlungsempfehlungen zu geben.

Handeln müssen die jeweiligen Regierungen und die sie unterstützenden Koalitionen. Deshalb sind die Bemühungen außerparlamentarischer Organisationen und Verbände sehr wichtig, die gerade in den letzten Monaten eine große Öffentlichkeit für das Thema Klimaschutz hergestellt haben.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine zukunftsorientierte Energiepolitik elementar für einen wirksamen Klimaschutz in Thüringen. Das Thüringer Klimagesetz setzt seit 2018 Leitplanken für die Reduzierung schädlicher Treibhausgase, während die Integrierte Energie- und Klimastrategie (IEKS) die Klimaziele in konkretes Handeln in Kommunen, Unternehmen und in Landesimmobilien umsetzt. Denn nur mit Energiesparen, einer wachsenden Energieeffizienz und dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien kommen wir weg von Kohle und Atom. Bis 2037 soll der gesamte Energiebedarf des Landes bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Insgesamt streben wir ein treibhausgasneutrales Thüringen bis 2040 an.

Auch im Bund machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Druck beim Klimaschutz. Dem Klimapaket der Bundesregierung wird aktuell ein deutlich umfassenderes Konzept entgegenstellt. Dazu gehört unter anderem ein höherer CO₂-Preis. Dieser soll über die Energiesteuer erhoben werden und zu Beginn bei 40 Euro pro Tonne liegen. Eine „CO₂-Bremse“ soll jedes neue Gesetz auf seine Klimawirksamkeit hin überprüfen. Arten- und Naturschutz sollen von vornherein in Planungen miteinbezogen werden. Daneben wollen wir als Bündnisgrüne, dass die internationalen Klimaziele in das Grundgesetz aufgenommen werden.

In der Verkehrsplanung wollen wir mehr Freiheiten für die Städte und Kommunen. Sie sollen selbst über Tempo-30-Zonen oder autofreie Innenstädte entscheiden dürfen. Die Steuer- und Finanzpolitik soll so gestaltet werden, dass der Kauf von Autos mit fossilem Verbrennungsmotor ausläuft. Um den Bahnverkehr zu fördern, sollen Mauteinnahmen vor allem ihm zugutekommen. Geplant ist daneben, klimaschädliche Subventionen abzuschaffen. Damit soll auch die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer ein Ende haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern zudem ein Umsteuern in der Landwirtschaft, was die Reduzierung der Fleischproduktion betrifft. Industrielle Tierhaltung muss in tiergerechte Haltung umgebaut werden. Daneben setzen wir uns für umfassende Aufklärung über die Konsequenzen des Fleischkonsums ein und stehen für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und veganer Ernährung.